

**Les cahiers
socialistes européens**

Robert Goebbels
Député Européen (PSE-L)

19

Politisch unkorrekt





**Groupe Socialiste au
Parlement européen**
Délégation luxembourgeoise

Novembre 2007

Groupe socialiste au Parlement européen
Délégation luxembourgeoise

www.eurosocialistes.lu
34, rue du Marché-aux-Herbes
L-1728 Luxembourg



Als luxemburgischer Parlamentarier im Europäischen Parlament ist man wenig in das Tagesgeschäft der nationalen Politik einbezogen. Man gewinnt damit etwas Distanz zu den oft sterilen Sandkastenspielen in der nationalen Abgeordnetenkammer: Gehört der Hund an die Leine, der Löwe auf die Fahne, der Hirsch in den Wald?

Luxemburg wird regiert von der „Partei des massvollen Fortschritts“. Jaroslav Hasek (der geistige Vater des „braven Soldaten Schwejk“) meinte 1912: „Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Fortschritt Zukunft hat, aber wir müssen uns fragen, welcher Fortschritt? (...) Der Fortschritt ist eine zweischneidige Waffe wie das Bier. Die Leute lassen es sich schmecken und wissen nicht, wann sie damit aufhören sollen.“

Die luxemburgische Politikklasse hat aufgehört, fortschrittlich zu sein.

Angst vor der Zukunft hat Konjunktur. Die Klimakatastrophe droht. Die Globalisierung ist im Anmarsch. Die Chinesen sind im Kommen. Ein Inder hat die ARBED geschluckt. Islamisten werden vom Staat besoldet. Selbst die EU ist suspekt, vor allem die erweiterte. Die Türken drängeln vor den Toren. Die doppelte Staatsbürgerschaft droht. Deshalb muss die Sprache verteidigt werden. Die Luxemburger scharen sich um ihren roten Löwen, zahnloses Fabelwesen mit gespaltenem Schwanz.

Nicht Fortschritt ist gefragt, sondern Bewahrung, Schutz: Klimaschutz, Umweltschutz, Tierschutz, Denkmalschutz. Stillgelegte Hochöfen, Walzstrassen, selbst plumpe Kühltürme müssen bewahrt werden, koste es, was es wolle.

Jeder Festungsstein, und sei es bloss mit etwas Mörtel befestigter Schutt, wird den ägyptischen Pyramiden gleichgesetzt. Weltkulturerbe mit Rabatt.



Die politischen Parteien ersticken am Konsens der „nachhaltigen Entwicklung“. Bis zum Jahre 2015 sollen 10% aller Verkehrsbewegungen in der Hauptstadt per Rad erfolgen. 30 Kilometer Tram sollen die Verkehrswende bringen und bis 2020 den Anteil des kollektiven Verkehrs am globalen Verkehrsabkommen verdoppeln, von 12 auf 25%. Bleiben immerhin 75 % der Bewegungen, die mit dem Auto absolviert werden. Selbst wenn ein Modalsplit von gar 30 % erreicht werden könnte, der Individualverkehr wird weiter zunehmen, wie das Wachstum des Fuhrparks zeigt.

Luxemburg, so sagt es die Politik, will es „sanft“ haben. Von „sanften“ Energien über „sanfte“ Mobilität bis zum „sanften“ Tourismus.

Schweijks „Partei des massvollen Fortschritts in den Grenzen der Gesetze“ hat in Luxemburg gesiegt, bei den Regierungsparteien, bei der Opposition, selbst bei den ausserparlamentarischen Kräften.

Es findet keine wirkliche politische Auseinandersetzung statt. In allen grossen Politbereichen verbietet politische Korrektheit notwendige Debatten. Dass die Landesplanung einen hohen Wert auf Naturschutz legen soll, ist unbestreitbar. Dass aber Baulanderschliessung, Industrie- und Gewerbebezonen sowie notwendige Infrastrukturen wie Hochspannungsleitungen, Strassen und selbst Schienenstränge verpönt werden, ist unverständlich in einem Land, das keineswegs überbesiedelt ist.

Wohl sind Sparsamkeit und mehr Effizienz im energetischen Bereich notwendig. Doch kann unser Land seine Energieversorgung in absehbarer Zukunft nicht mittels Biotreibstoffen, Wind, Wasser und Sonne absichern. Deshalb darf auch eine Diskussion über den Anschluss an die Kernkraft nicht unterbunden werden.

Wer Bio essen will, soll das tun dürfen. Doch kann ein Kleinstaat sich nicht zur OGM-freien Zone erklären. Wohl oder übel muss die Koexistenz organisiert werden.



Solidarität mit den Armen der Welt ist vonnöten. Doch darf hinterfragt werden, wem die luxemburgische Entwicklungshilfe nützt? Ob z.B. „Fair Trade“-Labels wirklich die Lage von Kleinbauern verbessern?

Der Verfasser der nachfolgenden Artikelsammlung hat nicht die Anmassung zu glauben, er hätte immer die richtige Antwort auf die politischen Probleme unserer Zeit! Die Absicht ist bloss, eine Diskussion anzustossen. Kontroverse Debatten sind das Salz der öffentlichen Meinungsbildung. Ansonsten riskiert unsere Demokratie am faden Einheitsbrei zu ersticken. Quer durch den politischen Gemüsegarten gibt es viele Politiker ohne offensichtliche eigene Meinung. Konturen müssen in der einheimischen Politik neu geschaffen werden.

Weshalb sollen Wähler zur Wahl schreiten, wenn nur mehr grauer Konsens herrscht?

Sind ein „anderes Europa“, eine „andere Welt“ möglich?

Ein anderes Europa sei möglich, heisst ein griffiges Slogan. Sehr schön, aber welches?

Ohne Wirtschaftswachstum gibt es keinen zusätzlichen Reichtum zum Umverteilen. Ohne grössere Produktivität, das heisst mehr Sachwerte oder Dienstleistungen bei Einsatz von weniger Kapital, Rohstoffe oder Arbeitskraft, kann nicht der Mehrwert geschaffen werden, der eine bessere Sozialpolitik und eine verstärkte Umweltpolitik erlauben.

Ohne Konkurrenz gibt es kaum Verbesserungen in der Qualität der Waren und Dienstleistungen, bleiben die Preise hoch und die Kaufkraft entsprechend gering.



Das Problem ist, dass Wachstum nicht gleich Wachstum ist (Autounfälle steigern das Bruttosozialprodukt)! Es ist wahr, dass Produktivitätsgewinne oft auf Kosten der Beschäftigung gehen, dass menschliche Arbeitskraft durch Roboter ersetzt, oder den Arbeitnehmern zwecks Produktivitätsgewinnen mehr Stress aufgebürdet wird.

Selbst wenn Wettbewerb für Konsumenten günstig ist, kann dies auf Kosten von konsumierenden Arbeitnehmern gehen! Wettbewerb kann tödlich sein für ineffiziente Unternehmen, und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Deshalb ist es wesentlich, die Marktmechanismen des freien Wettbewerbs durch sozialen Ausgleich zu korrigieren. Genau das ist die Absicht der Union, eine „soziale Marktwirtschaft“ anzupeilen.

Der Markt ist unersetzlich. Doch er darf nicht die Gewinnmaximierung als alleiniges Ziel haben, wie neo-liberale Kapitalisten propagieren. Die Wettbewerbspolitik der EU ist das Gegenteil vom „freien Fuchs im freien Hühnerstall“ (Rosa Luxemburg). Wettbewerbspolitik muss unlauteren Wettbewerb, muss Steuer- und Sozialdumping ausschalten, muss Monopole und Oligopole beseitigen, muss Transparenz in Finanz- und Wirtschaftsmärkte bringen. Umso unverständlicher ist das Anrennen manch selbsternannter „Linker“ gegen eine sozialere Ausrichtung der Marktordnung!

Wäre eine „andere Weltordnung“ möglich ohne internationalen Handel, ohne eine grössere Öffnung der Märkte der Reichen? Mit Sicherheit nicht! Mehr Protektionismus, der Versuch autark in mehr oder weniger engen Grenzen zu leben, würde bloss einen Verfall des eigenen Lebensstandards bewirken. Den Armen dieser Welt wäre nicht geholfen.

Wer wie ein José Bové für die Emanzipation der Unterdrückten der dritten Welt eintritt, gleichzeitig aber die Strukturen der europäischen Landwirtschaft mit dem Schlagwort des Rechts auf Selbstversorgung



abkapseln will, ist ein Heuchler! Man kann nicht gleichzeitig die Abschaffung der EU-Subventionen für Agrarexporte und den Erhalt aller landwirtschaftlichen Familienbetriebe fordern.

Gewiss, die Öffnung der Märkte schafft Probleme. Billigere Agrar- oder Textilimporte aus der dritten Welt mögen Konsumenten erfreuen, zerstören gleichzeitig Arbeitsplätze in den reichen Ländern. Es ist nicht zu leugnen, dass mit der Öffnung der Märkte der internationale Wettbewerb verschärft wurde. In geschützten Sektoren lebt es sich bequemer. Meistens auf Kosten der Effizienz!

In jenen Wirtschaftssektoren, die sich dem oft rauen Wettbewerb stellen müssen, wird der Druck für Kosteneinsparungen und einer grösseren Produktivität grösser. Das führt zu Rationalisierungen und Personalabbau, manchmal zu Produktionsschliessungen oder zu Verlagerungen in Billiglohnländer. Für die direkt betroffenen Arbeitnehmer ist es kein Trost, dass Konsumenten durch diesen Prozess in den Genuss billigerer Produkte kommen.

Keine höheren Löhne ohne Handel

Doch ist der Prozess der Produktionsverlagerung so alt wie die Industriegesellschaft. Grossbritannien stieg auf zur ersten Weltwirtschaftsmacht dank seiner Textilindustrie. Doch schon bald emigrierte die britische Textilindustrie, zuerst nach den USA, später in andere Weltteile.

Vor einem halben Jahrhundert war Japan ein Billiglohnland. Heute gehören Löhne und Kosten in Japan zu den höchsten der Welt. Vor 25 Jahren war Südkorea ein Billiglohnland. Heute sind die Löhne in Korea höher als in der Mehrheit der EU-Länder. China ist noch immer ein Billiglohnland. Doch in den entwickelten Provinzen Chinas übertreffen Löhne und Einkommen diejenigen der meisten Ex-Republiken der verstorbenen UdSSR. Deshalb gibt es sogar Delokalisierungen innerhalb Chinas, von entwickelten Provinzen zu unterentwickelten



Teilen des Riesenreiches. T-Shirts, die in Europa oder den USA bloss eine Handvoll Euro oder Dollar kosten, können nur mit Billiglöhnen hergestellt werden.

Es sind die Konsumenten Europas und Amerikas, welche indirekt manche Arbeitsplätze vernichten, indem sie die preisgünstigsten Textilien, Sportartikel, usw. kaufen. Selbst Gewerkschaftler defilieren in Jacken und Kappen „Made in China“!

Wenn die Konsumenten der reichen Länder zu digitalen Techniken wechseln, dann muss Agfa seine Filmabteilung dicht machen, kann TDK keine Videokassetten in Luxemburg produzieren, da nunmehr „compact discs“ gefragt sind. Wenn Stahlträger so stabil werden, dass man den Eiffelturm mit bloss einem Drittel des ursprünglichen Stahlgewichtes exakt nachbauen könnte, dann fällt die Stahlnachfrage. Wenn Konservenbüchsen durch Packfolien ersetzt werden, wenn Autobleche immer dünner gewalzt werden, dann reduziert sich die Nachfrage in der Verpackungs- oder Automobilindustrie nach solchen Produkten. Dann werden Wagen leichter und schneller, bei reduziertem Benzinverbrauch!

Neue Produkte, mehr Kaufkraft

Die Welt der Produktion verändert sich dauernd. Innovation schafft neue Produkte. Vor 20 Jahren gab es keine Personal Computers, keine Handys. Damals musste ein Mindestlohnbezieher in Luxemburg doppelt so viele Mindestlöhne bereitstellen, um Besitzer eines Kleinwagens zu werden, als heute. (In den Ländern des realen Kommunismus musste ein Arbeitnehmer 3 bis 4 Jahresgehälter zusammensparen, um sich den Traum vom eigenen Wagen zu erfüllen).

Die EU ist Exportweltmeister und Hauptmarkt für den Rest der Welt. Wer international gute Produkte verkauft und seinen Konsumenten den Zugriff zu preislich günstiger Importware ermöglicht, kann einen steigenden Lebensstandard, ein gutes soziales Netz und hohen



Umweltschutz ermöglichen. Genau das hat die Europäische Union bewerkstelligt. Deshalb ist es so attraktiv, Mitglied der EU zu werden. Deshalb klopfen immer mehr Länder bei der zur Union an.

“Soziale Marktwirtschaft“, was sonst?

Zur Organisation der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen den Völkern gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Marktwirtschaft oder eine Planwirtschaft. (Es sei denn, man wolle zum Tauschhandel zurückkehren: Ein Pferd gegen zwei Esel!). Dabei war der Tauschhandel schon eine primitive Form der Marktwirtschaft.

Spätestens nach der Einführung des Geldes als Mittel zwischen verschiedenen Tauschaktionen, war die Akkumulation des Geldes und damit das Kapital erfunden. Der einzige Versuch, die Marktwirtschaft durch eine alternative Organisation des Austausches von Waren und Dienstleistungen zu ersetzen, erfolgte durch die kommunistische Planwirtschaft. Der Staat vergesellschaftete die Produktionsmittel, setzte die Prioritäten für die Investitionen fest, fixierte Produktionsziele und versuchte das Angebot an Waren und Dienstleistungen so zu steuern, dass jeder „gerecht“ bedient würde.

Das Resultat war in allen Planwirtschaften gleich katastrophal: schlechte Waren, schlappe Dienstleistungen, Qualitätsmängel, Warenknappheit, Warteschlangen vor den Geschäften, gleichzeitig Privilegien für die neuen Führungsschichten.

Die Sowjetunion, scheiterte letztlich an ihrer Unfähigkeit, die Vielfalt der Bedürfnisse und Wünsche der Menschen so zu planen, dass es effektiv zu einem Ansteigen des allgemeinen Lebensstandards kam.



Die Einsicht, dass bloss die Flexibilität des freien Marktes alle Nachfragen der Konsumenten befriedigen und durch Entwicklung neuer Produkte intensive Konsumwünsche wecken kann, darf nicht zur blauäugigen Annahme führen, die Marktwirtschaft sei per Definition perfekt.

Im freien Spiel von Angebot und Nachfrage treten viele Verwerfungen auf. Produzenten haben normalerweise bessere Informationen über das Angebot, als die Verbraucher. Produzenten können Angebote künstlich verknappen, Preisabsprachen treffen, Monopole schaffen. Kurz sie können den Markt zu ihren Gunsten beeinflussen. Überdies sind Märkte meistens kurzfristig, schenken sozialen oder ökologischen Folgekosten kaum Beachtung, antizipieren nur notdürftig langfristige Entwicklungen.

So wie es keine absolute Freiheit geben kann, gibt es ohne Regeln keine freie Marktwirtschaft. Es bedarf eines starken Staates, um regulierend und lenkend in den Markt einzugreifen. Deshalb muss es ein Konkurrenzrecht und Konsumentenschutz geben.

Genau das macht die Europäische Union seit Jahrzehnten. Besonders der Einsatz für einen freien und fairen Aussenhandel, der Kampf gegen marktbeherrschende Firmen ist erfolgreicher im EU-Verbund, als nationalstaatlich. Oder glaubt jemand, dass ein luxemburgischer Wirtschaftsminister allein die Dominanz von Microsoft brechen könnte? Die Kommission hat dagegen schon viele Monopole und Preiskartelle gekippt!

Europa begann als Markt

Der europäische Integrationsprozess wurde von Anbeginn von der Wirtschaftspolitik getragen. Es begann mit dem Schaffen eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl, die CECA. Es folgte die Abschaffung der Zölle innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), und damit die Schaffung des



gemeinsamen Marktes. Der Binnenmarkt verfolgt die Realisierung der vier Grundfreiheiten: der freie Verkehr von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Dass die Menschen heute frei in der EU reisen, studieren, leben und arbeiten können, wird als Selbstverständlichkeit angesehen. Doch z.B. die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der Union wurde erst vor 20 Jahren durch den Schengen-Vertrag initiiert.

Dass das Angebot von Waren und Dienstleistungen eine vor 30 Jahren unbekannte Vielfalt entwickelt hat, dass die meisten Produkte von besserer Qualität sind, dass vom Auto bis zum Fernseher, vom Kühlschrank bis zum Handy alle Konsumgüter verlässlicher und vor allem billiger wurden, dass Europa seine Defizite in der Landwirtschaft in Überproduktion umwandeln konnte, sind alles Resultate der europäischen Marktordnung.

Dennoch ist es in gewissen Kreisen schick geworden, gegen den „freien Markt“ zu wettern. Worte wie „Wachstum“, „Konkurrenz“, „Wettbewerbsfähigkeit“ werden plötzlich zu Schimpfwörtern, zum Inbegriff eines „ultra-liberalen“ Europas.

Es gibt politische Kräfte in Europa, welche möglichst wenig Eingriffe in den Markt wollen, welche daran glauben, dass der Markt alles regeln kann, und der Staat nur eine Nachtwächter-Rolle zu spielen habe. Es gab und gibt auch solche Tendenzen in der EU-Kommission (obwohl die Kommission eher zur Überregulierung neigt). Doch ist dies letztlich eine Frage der politischen Machtverhältnisse. Wenn die Wähler Europas mehrheitlich rechte oder ultra-liberale Politiker wählen, bekommen sie eine ultra-liberale Politik.



Kioto, eine Fehlkonstruktion

Kioto steht für das Rahmenabkommen der Vereinten Nationen gegen Klimawandel, unterzeichnet am 11. Dezember 1997 in der gleichnamigen japanischen Kaiserstadt. Obwohl über 160 Staaten diesen Vertrag ratifizierten, verpflichteten sich bloß rund 30 Industrienationen, ihren CO₂-Anstoss drastisch zu verringern. Die USA und Australien haben Kioto nicht ratifiziert. China, Indien, Brasilien, Russland und andere große Handelsnationen können weiterhin ungebremst Schadstoffe emittieren. Allein die Europäische Union, Kanada, Norwegen, die Schweiz usw. unterwerfen sich dem Abkommen, wobei die kanadische Regierung öffentlich darüber nachdenkt, ob sie ihre Unterschrift nicht widerrufen sollte.

Somit trägt letztlich die Europäische Union - verantwortlich für rund 14% der weltweiten CO₂-Emissionen - die gesamte Last von Kioto. In vorseilender Gehorsamkeit hatte die Kommission schon 2003 eine Direktive über Emissionshandel vom europäischen Gesetzgeber absegnen lassen, obwohl der Kioto-Vertrag erst am 30. November 2005 offiziell in Kraft trat.

Dieser CO₂-Emissionshandel sollte es erlauben, mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Industrie zur progressiven Verringerung ihres CO₂-Austoss anzuhalten. Eigentlich handelt es sich um eine einseitige Belastung der europäischen Industrie, während Autofahrer, Hausbesitzer usw. ungeschoren blieben.

Es waren übrigens die Amerikaner, die bei der Kioto-Konferenz für den Emissionshandel warben und diesen „flexiblen“ Mechanismus in den Vertragstext einschleusten. Es sind auch amerikanische und britische Finanzmakler, welche den Emissionsmarkt beherrschen, obwohl die USA von Präsident Bush den Kioto-Vertrag nicht ratifizierten.

Bezeichnenderweise hatte der Entscheid der Kommission, 10 EU-Staaten, darunter auch Luxemburg, zu einer Kürzung ihrer nationalen



Emissionszertifikate aufzufordern, einen großen Beifall in der britischen und amerikanischen Finanzpresse ausgelöst. „The move was welcomed by carbon traders“ schrieb die „Financial Times“. Immerhin wurden die „Spot“-Märkte im Laufe der Zeit stark gebeutelt. Der Preis für eine Tonne CO₂ ist letztes Jahr zeitweilig von 30 auf 6 Dollar gefallen und dümpelt heute bei 20 Dollar. Der Zeitung „Die Welt“ zufolge trug dazu die geringe Hurrikan-Aktivität im Atlantik bei. Besonders Katrina hatte 2005 bei vielen Klimaforschern als Vorbote von immer heftigeren Stürmen gegolten.

Ein Opfer der Ungewissheiten der Klimatologie wurde der Hedge-Fond Amaranth. Ein 32 jähriger Broker verdiente 2005 1,5 Milliarden Dollar, weil er auf hohe Gaspreise spekulierte. Nach dem Absaufen der Stadt New Orleans und der Zerstörung vieler Förderanlagen im Golf von Mexiko gab es Rekordpreise für Erdöl und Gas. Im Vertrauen auf die Klimakatastrophe hatte das Finanzgenie 2006 erneut auf Hausse spekuliert. Er kontrollierte zu einem bestimmten Zeitpunkt über 10% der weltweiten Erdgasförderung. Doch der Golf von Mexiko erlebte bloß einige linde Lüftchen. Die Öl- wie Gaspreise fielen kräftig, was dem „Golden Boy“ und seinen Auftraggebern über 6 Milliarden Dollar Verluste einbrachte!

Auch wenn dieser Vorgang nicht direkt mit dem Emissionshandel zu tun hat, illustriert er den Druck der Finanzmärkte auf den Energiesektor. Die französische Wirtschaftszeitung „La Tribune“ notierte : „La plupart des grandes banques se sont lancées bille en tête dans l'aventure CO₂, y voyant un business à la fois en terme de financement et de trading.“

In einer Artikelserie über Kioto ging die CGFP-Zeitung „Fonction Publique“ (Nr. 171/172/06) sehr streng mit dem Emissionshandel um: „L'affaire s'apparente plus à une gigantesque machine à brasser de l'argent, dans laquelle une minorité rusée ou chanceuse tire son épingle du jeu, qu'à une panacée“.



Was die Öffentlichkeit bei diesen Finanzoperationen übersieht, sind die Preiskonsequenzen für Öl, Gas und Elektrizität. Die Konzerne wälzen schnellstens jede Hausse auf die Konsumenten ab, selbstverständlich auch die Kosten von CO₂-Zertifikaten. Wie die meisten grünen Schlagwörter ist das „Principe Pollueur-Payeur“ eine Illusion, weil jede Preissteigerung letztlich beim Endverbraucher landet.

Wenn dieses Finanzgehabe dem Klimaschutz dienlich wäre, könnte es hingenommen werden. Doch der CO₂-Emissionshandel wird letztlich dazu führen, dass Europa sich desindustrialisiert, ohne dass der weltweite CO₂-Ausstoß abnimmt.

Da allein die europäische Industrie und ihre Kunden die Kosten von Kioto zu tragen haben, wird es zunehmend Verlagerungen von Industrieaktivitäten nach Asien oder Amerika geben, wo keine Kioto-Auflagen bestehen. Die europäische Stahl- oder Aluminium-Industrie sieht sich einem globalen Wettbewerb ausgesetzt. Vielen anderen Industriezweigen geht es nicht besser, da ihre außereuropäischen Konkurrenten vom kostspieligen CO₂-Handel befreit bleiben. Klimaschutz müsste global sein. Doch bei Kioto ist eigentlich nur die europäische Industrie in der Pflicht.

Das gilt insbesondere für Luxemburg. Es gibt kein Wirtschaftssektor in unserem Land, der mehr Energie einspart, und seine energetische Effizienz mehr steigerte, als der Industriesektor. Immerhin hatten sich 1996 auf meine Initiative hin rund 80 luxemburgische Industriebetriebe zu einer Steigerung ihrer Energieeffizienz verpflichtet. Dieses Abkommen zwischen FEDIL und dem Energieministerium führte zu einem mindest 20 prozentigen Ersparnis an Primärenergie, und einer sektoriellen Absenkung des luxemburgischen CO₂-Ausstoßes um gut 60% in 15 Jahren. Doch diese Anstrengungen der luxemburgischen Industrien werden in Brüssel ignoriert.

Überhaupt sind viele aufgeregte Wortmeldungen zur CO₂-Problematik von wenig Sachkenntnis getrübt. Entgegen der Greenpeace-Kampagne



gegen Tankstellentourismus hat sogar die Kommission eingesehen, dass der globale Treibstoffkonsum Europas nicht zurückgehen würde, wenn die Akzisen auf Benzin und Diesel höher in Luxemburg als in unseren drei Nachbarstaaten wären.

Auch die TGV-Zentrale in Esch wird zu Unrecht attackiert. Sicher, wäre die TGV-Zentrale nicht gebaut worden, hätte Luxemburg weniger CO₂-Emissionen. Dann müsste unser Land aber 40% seines Elektrizitätskonsums aus dem Ausland importieren. Die globalen CO₂-Emissionen Europas würden bei einer Schließung der TGV-Zentrale nicht fallen. Es sei denn, Luxemburg würde ausschließlich auf Atomstrom zurückgreifen!

In Sachen Kioto muss es zu einem Umdenken kommen, in Luxemburg und in Europa. Der vielgepriesene Vertrag ist eine Fehlkonstruktion. Man sollte nicht auf falschen Konstruktionsplänen weiterbauen!

Auch in Bio sind Gene

Im September 2006 hat die amerikanische Gesundheitsbehörde F.D.A. die Amerikaner aufgerufen, vorerst keinen rohen Spinat zu verzehren. Zumindest eine Frau starb durch Spinat-Konsum und 146 Amerikaner aus 23 Bundesstaaten mussten aus der gleichen Ursache klinisch behandelt werden. Der Spinat stammte von der Firma „Natural Selection Food“, der größte amerikanische Grossist für zertifizierte organische Produkte. Diese werden in den USA unter dem Bio-Label „Earthhouse Farm“ verkauft. Anscheinend war der biologisch angebaute Spinat mit „E. coli“-Bakterien verseucht.

Man stelle sich vor, der Spinat sei nicht von Bio-Bauern, sondern mittels genetisch verbessertem Saatgut hergestellt worden! Die Presse in Europa und vor allem in Luxemburg hätte ihre Schlagzeilen gehabt.



Tatsache ist jedoch, dass weltweit bislang kein Mensch starb oder gesundheitliche Schäden erlitt durch den Konsum von genetisch verbesserten Produkten! Alle Angstkampagnen über „Frankenstein-Food“ und über das Aussterben der „Monarch“-Falters entpuppten sich letztlich als Hirngespinnste.

Jahr für Jahr nimmt die Zahl der Bauern zu, welche die Vorzüge von genetisch verbessertem Saatgut nutzen: bessere Erträge, weniger Einsatz von Pestiziden und Unkrautvertilgungsmitteln.

Letztes Jahr bestellten von Südafrika über Kenia, von China über Indien, von Brasilien über Nordamerika und in einer steigenden Zahl von Entwicklungsländern 9 Millionen Bauern rund 90 Millionen Hektar mit OGM-Saatgut. Das ist eine Fläche ähnlich groß wie die gesamte Agrarfläche der EU. Überall in der Welt haben Millionen Menschen z.B. genetisch verbesserten, da mit lebenswichtigen Vitaminen angereicherten Reis verspeist. Auch weitgereiste Luxemburger haben mit Sicherheit Milliarden OGMS gegessen, ohne Schaden für ihre Gesundheit.

Alle internationalen Gesundheitsbehörden haben nach akribischen Prüfungen genetisch veränderte Pflanzen als unbedenklich erklärt. Doch in Luxemburg lässt sich die Politik vor die Angstkampagnen von Greenpeace spannen (eine Organisation, die Jahr für Jahr 160-170 Millionen Euro an Spenden sammeln muss, um ihre 1200 festangestellten Aktivisten zu bezahlen).

Die luxemburgische Presse hilft andächtig mit: „Gentechnik, nein danke“, titelt das „Wort“. „Verbreiten von OGMS erschweren“ fordert das „Tageblatt“. Weshalb eigentlich? Die Gentechnologie wird auch ohne Luxemburg auf dem Vormarsch bleiben. Der Grund: alles was die Menschen essen, besteht aus Genen. Gene sind gewissermaßen die Buchstaben der Sprache des Lebens. Sie dienen als Bauanleitung für Proteine, die Bausteine jedes Lebensmittels.



Gene sind keine Bakterien, keine Viren. Gene leben nicht, können daher niemanden vergiften.

Gewiss gibt es Gifte, die, wie alles was auf der Welt wächst, durch genetische Sequenzen gesteuert werden. Deshalb muss man Vorsicht walten lassen, wenn man über Züchtung und Kreuzung neue Pflanzentypen schafft, wie es seit Jahrtausenden die Bauern taten. Dass dabei auch organisch gedüngter Spinat mit Coli-Bakterien verseucht werden kann, ist selbstverständlich kein Grund, Bio-Bauern das Leben zu erschweren.

Es gibt aber keinen Grund, anderen Bauern zu verbieten, die Vorzüge von gezielt verbessertem Saatgut zu nützen. In allen Staaten, wo OGMs angepflanzt werden, konnte die Koexistenz verschiedener Anbaumethoden geregelt werden, z.B. in Holland, neben Belgien Hauptlieferant für Bio-Produkte nach Luxemburg.

Übrigens wird die Gefahr der „Verseuchung“ des traditionellen Anbaus durch OGMs maßlos übertrieben. In Europa gab es z.B. nie wilden Mais. Alle Mais-Arten, die in Europa angebaut werden, sind Resultate von Züchtungen. Wo ist da eine Gefahr für „Bio-Diversität“?

Niemand soll gezwungen werden, „OGM-Food“ zu essen. Deshalb hat die EU eine sehr strenge Kennzeichnung aller Lebensmittel verfügt, in denen selbst nur Spuren von OGMs zu finden sind. Angeblich wollen drei Viertel der durch die ständigen Anti-OGM-Kampagnen verunsicherten Bürger keine OGMs essen. Das soll ihre freie Wahl sein.

Aber die Greenpeace und Co überfallen jeden Supermarkt, der es wagt, solche Lebensmittel anzubieten. Das ist gegen die freie Wahl der Konsumenten und damit Gesinnungsterror.



Ohne weitere Strassen geht nichts

Al Gores Film „Eine unbequeme Wahrheit“ löste in Luxemburg wie in Europa eine Flut von aufgeregten Kommentaren aus. Umweltpolitische Selbstkasteiung hat Hochkonjunktur. Kein Wunder, dass Meinungsforscher eine große Sensibilität der Luxemburger für Umwelt- und Klimaschutz orten. Doch die ökologische Opferbereitschaft der Luxemburger wie der meisten Europäer schwindet umso schneller, je konkreter die Verzichtspappele werden.

Auf den eigenen Wagen wollen nur wenige verzichten. Umso stärker wird der Ausbau des öffentlichen Transportangebots befürwortet, sehr uneigennützig zugunsten der Mitmenschen. Doch bleibt es „eine unbequeme Wahrheit“, dass unsere Gesellschaft nicht auf den Individualverkehr verzichten wird, weil die Menschen nicht anders können! Ohne Pkws und Lkws kann die moderne Gesellschaft nicht funktionieren. Es sei dann, man käme auf Pferdegespanne und Ochsenkarren zurück (was wegen verstärktem Methanausstoß klimapolitisch nicht ratsam wäre).

Selbst in einem kleinen Land wie Luxemburg ist es unmöglich, alle 574 Ortschaften des Landes mittels öffentlichen Transportmitteln derart zu verbinden, dass jeder Bürger 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche überall hinkommen kann. Das leistet nur der Individualverkehr. Die Feinverteilung der Waren kann ebenfalls nicht über die Eisenbahn erfolgen. Zumindest die letzten Kilometer müssen per Laster oder Lieferwagen geschehen. In Luxemburg sind ohnehin nur 44 der 116 Gemeinden an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Bislang hat niemand vorgeschlagen, die verbleibenden 72 Gemeinden mit Zug- oder Tramlinien zu verbinden.

Diese „unbequeme Wahrheit“ feststellen heißt nicht, gegen ein maximales Angebot an öffentlichen Transportträgern zu plädieren. Eine Ausweitung des Zug- und Busangebots ist vonnöten. Eine moderne Tram würde zwar das Auto aus der Hauptstadt verdrängen,



aber nur soweit die Trambahn reicht. Da das Konzept sich nunmehr auf eine Stadtbahn beschränkt (und nicht mehr, wie im „Bus-Tram-Bunn“-Projekt, auf ein möglichst breitflächiges Abfangen der Pendler abzielt), wird der Impact der Stadtbahn auf die Gesamtverkehrslage des Landes sehr beschränkt bleiben.

Gewiss es gibt noch viele Möglichkeiten, unnütze individuelle Transportwege einzuschränken. Auch müssen Autos sauberer und sparsamer im Verbrauch werden. Die Automobilisten werden progressiv von Erdölprodukten auf Biokraftstoffe, Hybridantriebe oder Wasserstoff-Zellen umsteigen.

Doch das individuelle Auto wird nirgendwo ausrangiert werden, weder in Europa, noch in Ländern der dritten Welt, wo Moto und Auto als erste Stufe der Entwicklung angesehen werden.

Offiziell visiert die Regierung einen „Modal-Split“ von 25% zugunsten des öffentlichen Transportes bis 2020. Eine solche Steigerung des Anteils der kollektiven Transportbewegungen von zurzeit 12% auf 25% heißt, die derzeitigen Zug- und Busverbindungen zu verdreifachen! Ob und wie das möglich sein wird, wird die Zukunft zeigen. Doch zu den „unbequemen Wahrheiten“ gehört, dass selbst bei einer Verdreifachung der kollektiven Transportbewegungen auf 25%, noch 75% der verbleibenden Bewegungen über individuelle Transportträger erfolgen werden. Die IVL-Studie sieht deshalb folgerichtig vor, dass bis 2020 die Autobewegungen in Luxemburg um mindestens 50% zunehmen werden: von täglichen 1,2 Millionen auf 1,8 Millionen Fahrten! Luxemburg bleibt ein Transitland in Europa. Wenn unser Land nicht im Stau ersticken will, bedarf es einer zügigeren Fertigstellung der Nordstrasse. Weiter benötigen wir Umgehungsstrassen für Bascharage, Dippach, Junglinster und viele andere Ortschaften mehr. Vor allem muss die europäische Autobahn Arlon-Luxemburg-Thionville schnellstens dreispurig ausgebaut werden.



„Unbequeme Wahrheit“ ist jedenfalls, dass Staus und „Stop-and-Go“-Verkehr nicht im Interesse von Lebensqualität, Umweltschutz und Klima sind, da Treibstoff sinnlos verbrannt und im Stau mehr Schadstoffe emittiert werden, als bei vernünftigen Fahrgeschwindigkeiten. Auch wenn „grüne“ Themen Hochkonjunktur haben: mit Fahrradwegen in der Hauptstadt sind Luxemburgs Mobilitätsprobleme nicht zu bewerkstelligen. Am Auto und an weiteren Strassen wird Luxemburgs Politik nicht vorbeikommen.

Umweltschutz mit Vernunft

Es gibt im Umweltministerium, in der Umweltverwaltung und in der Forstverwaltung viele gut motivierte Staatsdiener, welche ihrer Aufgabe mit Vernunft und Augenmass nachgehen. Leider gibt es auch Schreibtischtäter, die überall Biotope wittern und ihre Aufgabe in der Blockade jeder Bautätigkeit sehen. Besonders Landwirtschaft, Handwerk und Industrie leiden unter der inquisitorischen Vorgehensweise jener Einzelkämpfer. Selbst Bürger, die in ausgewiesenen Bauzonen ein Haus errichten oder ausbauen wollen, sehen sich ständigen Bevormundungen ausgesetzt.

Ombudsmann Marc Fischbach machte sich deshalb zum Fürsprecher vieler Mitbürger, als er den Umweltminister auf die quälenden Prozeduren der Verwaltung und die vexatorische Vorgehensweise mancher Beamten hinwies. In der Tat grenzt es an Nötigung, wenn bei Bauvorhaben Auflagen erlassen werden, die auf gewagten Interpretationen bestehender Gesetze basieren, und wenn dabei den Bauherren bedeutet wird, die notwendigen Genehmigungen würden schneller erfolgen, falls man auf bestimmte „Umweltspezialisten“ aus Architektur und Baubranche zurückgreife!

Naturschutz, Biotopenschutz, Umweltschutz sind hehre Ziele. Doch darf man selbst in einer Staatsverwaltung bei der Verfolgung hehren Ziele nicht die Gehirnfunktionen ausschalten!



Laut der Bibel der Landesplanung, der IVL-Studie, haben gerade mal 0,1% der 2.586 Quadratkilometer unserer Landesfläche eine „sehr hohe Schutzwürdigkeit“. Selbst wenn man zu diesen 2,6 Quadratkilometern jene 23% der Landesfläche hinzurechnet, denen eine „hohe Schutzwürdigkeit“ bescheinigt wird, steigt Luxemburg damit nicht zu einem Refugium der Biodiversität von weltweiter Bedeutung auf.

Eine solche Feststellung ist keine Aufforderung, 75% der Landesfläche den Planiererraupen zu überlassen. Wir leben in einem schönen Land, etwas zu zersiedelt durch Strassenstädte. Doch bleiben 36% der Landesfläche bewaldet, Tendenz steigend. Bloss 7-8% der Landesfläche sind „zubetoniert“, wobei Siedlungen wie Gewerbebezonen stark begrünt sind.

Eine sinnvolle Landesplanung müsste es möglich machen, die Wohn-, Arbeits- und Erholungsfunktionen in vernünftigen Naturschutz einzubetten. 450.000 Einwohner können nicht auf den Zehenspitzen durch Luxemburg ziehen. Es wird dringend zusätzlicher Wohnraum benötigt. Viele Gewerbebezonen sind zu eng. Das Land braucht zusätzliche Schienenstränge und Strassen. Eine Verdichtung vieler Orte ist nötig und möglich, ohne aufwendige Gutachten und Impaktstudien, für die immer wieder die gleichen „roten Listen“ abgeschrieben werden.

Vor allem sind die Genehmigungsprozeduren überlang geworden im gelobten Land Luxemburg.

Die absolut schützungswerten Grünflächen des Landes – siehe oben – sind bekannt und katalogisiert. Selbst wenn man ihnen noch die 38% der Landesfläche mit „mittleren Schutzwürdigkeit“ hinzufügen möchte (und damit wäre jedes Waldstück inbegriffen), bliebe noch genügend Fläche, um unser Land vernünftig zu urbanisieren.

Für einige übereifrige Umweltfreaks versteckt sich in jeder Hecke ein unersetzbarer Biotop. Doch waren Umwelt, war die Natur nie statisch, nie eingefroren. Vielmehr ist die Natur einem ständigen Wandel ausgesetzt. Einige der schönsten und artenreichsten Biotope des Landes sind von Menschenhand geschaffen. Was wären die



Baggerweiher von Remerschen ohne vorheriges Ausbaggern von Kies und Sand? Wie hätte es zu einem derart beeindruckenden Aufkommen von Pflanzen- und Tierwelt in den ehemaligen offenen Eisenerzminen kommen können, wären nicht im letzten Jahrhundert brutale Eingriffe in die rote Erde erfolgt? Rund um den Stausee haben sich mit „Tei vum Sei“ und ähnlichen Tätigkeiten viele achtbare Initiativen angesiedelt. Doch heute würde keine Regierung es mehr schaffen, ein Projekt wie den Stausee von Esch/Sauer gegen Umweltschützer, Bürgerinitiativen und beamtete Verweigerer durchzusetzen.

Die Politik muss die Oberhoheit in Sachen vernünftigem Umweltschutzes zurückgewinnen. Umweltschutz ist vereinbar mit urbaner und wirtschaftlicher Weiterentwicklung.







Portrait de l'auteur

Robert Goebbels est né le 3 avril 1944 à Luxembourg. Journaliste de profession, il fut successivement Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères et Secrétaire d'Etat à l'Economie et aux Classes moyennes, puis Ministre de l'Economie, Ministre des Transports, Ministre des Travaux publics et Ministre de l'Energie.

Elu au Parlement européen en 1999, puis en 2004, il est aussi vice-président du groupe socialiste. En 2007 il a été nommé membre de la Commission temporaire sur le Changement climatique au sein de laquelle il plaide en faveur d'une politique énergétique commune.

Robert Goebbels s'engage sur des dossiers qui ont un impact sur le bien-être et la vie quotidienne des citoyens européens. Ainsi, il a participé à la réécriture de la directive Bolkestein pour en faire un instrument décent pour la libre circulation des services sans « dumping social ». Il était aussi l'un des cosignataires du compromis dans le dossier REACH, une réglementation ambitieuse pour la protection de l'environnement et des consommateurs en matière de produits chimiques. Dans le dossier des frais d'itinérance pour la téléphonie mobile, il a activement contribué à l'élaboration d'un compromis abaissant fortement les frais de « roaming » dans les 27 pays de l'Union européenne. Robert Goebbels s'engage en faveur des technologies innovantes, notamment en faveur des biotechnologies.

Retrouvez Robert Goebbels sur son site internet:
www.eurosocialistes.lu



**Groupe Socialiste au
Parlement européen**
Délégation luxembourgeoise